

atomstopp

international



muss das sein?
österreich zahlt
jährlich
40 millionen euro
für die atomindustrie



Europäisch mitgegangen – atomar mitgefangen?

19. Oktober 2005: Es war am Rande einer Tagung des europäischen Atomforums FORATOM, als 25 Abgeordnete des Europäischen Parlaments (überwiegend der europäischen Volkspartei) die Erklärung unterzeichneten: „**Die EU muss zur Atomenergie zurückkehren. Und auch deren globale Verbreitung unterstützen.**“

Im „Report on the Green Paper on Energy“, erschienen 2005 – heißt es, „The European Commission has a neutral view of nuclear energy“. Die Aussage wird im selben Absatz konterkariert: **Die Europäische Kommission hoffe, die Atomenergie zu einer stärker akzeptierten Energie-Option machen zu können** – und man werde seinen Beitrag dazu leisten.

Und wie schaut dieser Beitrag aus? Der EURATOM-Kreditrahmen soll erhöht werden, Richtlinienvorschläge zur Sicherheit und zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle – zur Beruhigung der Bevölkerung und für das Image der Atomindustrie – wurden vorgeschlagen – die Reform des EURATOM-Vertrages ist weiterhin in weiter Ferne. Und die Mittel für die Forschung im Bereich der Atomenergie sind scheinbar grenzenlos.

Das ist europäische Realität.
Und Österreich?

Aktuelle Umfragen sagen, dass 91% der ÖsterreicherInnen keinen Atomstrom wollen und sich 88% für einen Stopp von Atomstromimporten aussprechen würden (Umfrage im Auftrag des Umweltschutzbundesverbandes vom September 2005). Österreich zahlt für die Atomindustrie jährlich mehr als 40 Millionen EURO (Quelle: Anfragebeantwortung von Bundeskanzler Schüssel an Nationalrätin Ulli Sima im April 2004). Europäisch mitgegangen – atomar mitgefangen?

Österreich ist keine Insel der Seligen. Auch nicht atomar. Machen Sie sich ein Bild – mit diesem atomstopp!

Roland Egger

EURATOM – Der Vertrag

Der am 25. März 1957 in Rom gleichzeitig mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnete Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM-Vertrag) ist einer der drei Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Und zwar ...

- o *in dem Bewusstsein, dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt,*
- o *entschlossen, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen ... (Auszug aus der Präambel des Euratom-Vertrages 1957).*

Der EURATOM-Vertrag ist die **Grundlage für die Finanzierung** von Forschungen auf dem Gebiet der **Atomenergie** und er ist ebenso die Grundlage für die Verteilung von Milliarden-Euro Kredite für die **Errichtung** und/oder die **Modernisierung von Atomkraftwerken**. Über den EURATOM-Vertrag soll die **Verbreitung** der technischen Kenntnisse **sichergestellt** und einheitliche **Sicherheitsnormen** für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte **aufgestellt** werden. Durch den EURATOM-Vertrag werden **Investitionen erleichtert** und für die regelmäßige und gerechte **Versorgung** aller Benutzer der EU mit Erzen und **Kernbrennstoffen** Sorge getragen werden.

Durch den EURATOM-Vertrag ist keine Verpflichtung zur Nutzung der Atomenergie gegeben. Jeder einzelne Mitgliedstaat entscheidet, ob und in welchem Umfang er beim jeweiligen Entwicklungsstand der Atomenergie diese selbst nutzen will oder nicht. In den EURATOM-Fördertopf zahlen die Mitgliedstaaten trotzdem alle ein, einerlei, ob sie Atomkraftwerke betreiben oder nicht.

Ohne Ablaufdatum

Vorgesehen ist, dass der EURATOM-Vertrag als Anhang der EU-Verfassung - unverändert und unreformiert - weiter volle Gültigkeit besitzt. Ein Ablaufdatum, wie bei dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der am 23. Juli 1953 in Kraft trat und 23. Juli 2002 wieder auslief, ist für den EURATOM Vertrag nicht vorgesehen.

Resultat: 148 europäische Atomreaktoren

Als Resultat dieser fördernden Maßnahmen des EURATOM-Vertrages sind heute in der Europäischen Union 148 Atomreaktoren in Betrieb und weitere 58 Forschungsreaktoren (unter anderem auch 2 in Österreich). Die EU ist der weltweit führende Produzent von Atomstrom. Immerhin rund ein Drittel des Strombedarfs in der europäischen Union wird aus Atomkraftwerken gedeckt.

EURATOM – Umsetzungsorgane

Aufgaben bei der Umsetzung des EURATOM-Vertrages nehmen wahr: die Europäische Kommission, der Europäische Rat und das Europäische Parlament. Als eigene EURATOM-Organe sind die Versorgungsagentur und die Direktion EURATOM-Sicherheitsüberwachung anzusehen.

EURATOM - Österreich

Österreich ist mit dem EU-Beitritt 1995 auch EURATOM beigetreten. Seit 1999 ist in der österreichischen Verfassung das Verbot von Atomkraftwerken verankert.

Quellen:

<http://europa.eu.int/scadplus>; www.iaea.org; <http://europa.eu.int/abc/obj/treaties/de/detr39a.htm>

EURATOM-Kredite

Im November 2002 hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, den EURATOM-Kreditrahmen von derzeit 4 Milliarden auf 6 Milliarden EURO anzuheben.

Hintergrund für diese Kredite, die seit 1977 vergeben werden? Der **Ausbau der Atomenergie** in Europa. Der größte Profiteur der EURATOM-Kredite ist Frankreich. Von den bisher bewilligten 3,99 Milliarden EURO entfallen allein auf Frankreich fast 29% - damit erhielt Frankreich mehr Mittel als Belgien und Italien zusammen. Und dreimal soviel wie Deutschland!

Der Schock nach Tschernobyl im Jahr 1986 war so groß, dass plötzlich kein Land mehr EURATOM-Kredite in Anspruch nehmen wollte. 1994 wurde nicht zuletzt deshalb beschlossen, dass auch Nicht-EU-Staaten um EURATOM-Kredite ansuchen können.

Bulgarien und Rumänien zählen zu den „neuen“ **Nutznießern** der EURATOM-Kredite. Vordergründig für Sicherheitsverbesserungen. Immerhin 17% der bisher bewilligten Mittel hätte auch die Ukraine lukrieren können. Im März 2004 wurden 223,5 Millionen EURO für

zu wollen: Schweden im Jahr 1980, die Niederlande 1996, Belgien 1998, Deutschland 1999 und Spanien im Jahr 2005.

Bleiben also noch 8 europäische Atom-Staaten – die übrigen 17 sind atomar mitgefangen – wie Österreich.

Aktueller Status und Kritik: EURATOM-Kreditrahmenerhöhung
Manche Staaten wollten – wie schon bisher – keine Einschränkung bei der EURATOM-Mittelverwendung. Manche Staaten wollen klare Regelungen, unter welchen Bedingungen EURATOM-Mittel eingesetzt werden. In einer **ÖVP/FPÖ-Entscheidung** vom 29. Jänner 2004 heißt es, dass „den Plänen zur Erhöhung des EURATOM-Kreditvolumens ... mit der **gebotenen Skepsis** entgegenzutreten ... und nur unter ... ausschließlich sicherheitsrelevanten und ausstiegsorientierten Bedingungen zuzustimmen sei.“ Auch hier die Kritik: Durch EURATOM-Kredite wird nicht die Sicherheit in Atomkraftwerken erhöht! Fertigstellung und Ausbau der Atomenergie stehen im Vordergrund. Derweil liegt die Kreditrahmenerhöhung noch auf Eis.

Rumänien bewilligt: Aber wie im Fall der Ukraine (K2R4 – Khmelnitzky 2/Rovno4) für die **Fertigstellung eines Atomkraftwerks** (Cernavoda II)!

Parteienübergreifend war zu hören: „Kein Cent für Atomindustrie“, „krasse Fehlentscheidung“, „skandalöse Finanzspritze“ – ganz im Sinne des Regierungsprogramms (siehe: übrigens). Geändert hat das österreichische Regierungsprogramm aber an der Zuteilung der Mittel NICHTS. Cernavoda II wird mit EURATOM-Geldern fertig gebaut.

EURATOM sei Dank! Und Dank dem Beitrag von allen Mitgliedstaaten.

Von den 25 EU-Staaten betreiben 13 Länder Atomkraftwerke. Aber von diesen 13 Ländern haben schon insgesamt 5 Länder Ausstiegspläne bzw. angekündigt, den Anteil an der Atomenergie reduzieren

übrigens:

Regierungsprogramm für die XXII Gesetzgebungsperiode:

... Die Bundesregierung wird im Rahmen von EURATOM ihre Entscheidungen daran orientieren, dass keine zusätzlichen Mittel für den Neubau oder Kapazitätsausweitungen von AKW und die Nachrüstung von AKW mit einer damit verbundenen Laufzeitverlängerung verwendet werden. Solche zusätzlichen Mittel sollen allenfalls für Sicherheitsverbesserungen mit verbindlich fixierten Schließungsdaten, für die Dekommissionierungen von Atomanlagen oder für Endlagerprojekt verwendet werden, sofern die Betreiber dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind.

**Für den schnellen Leser:
Seit 1977 werden EURATOM-Kredite für den Ausbau der Atomenergie vergeben. Im November 2002 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, den Kreditrahmen um 2 Milliarden EURO anzuheben.**

EU-kommission – hilf!

zweifelhaftes nuklearpaket als Freibrief für atomindustrie

Es mag erstaunen: Aber wie Atomkraftwerke zu betreiben sind, welche Standards anzuwenden sind – darüber entscheiden bislang nur die Mitgliedstaaten selbst. Und auch, wie mit den radioaktiven Abfällen weiter zu verfahren ist. Einerlei, dass es Richtlinien für die Krümmung von Essiggurken auf EU-Ebene gibt und die Richtlinie, wie Traktorsitze aussehen müssen, beispielsweise 60 Seiten umfasst.

„Die Atomenergie hat keine Zukunft, wenn nicht die Fragen der Endlagerung und der Sicherheit geklärt sind ...“, so kann man die Einschätzung der EU-Kommission zusammenfassen (siehe: übrigens). Folgerichtig wurden deshalb im November 2002 die Abfallrichtlinie und die Sicherheitsrichtlinie vorgeschlagen - bekannt wurden die beiden Richtlinien als „Nuklearpaket“.

Kritik von Anfang an ...

Den Anti-Atom-Gruppierungen gingen die Richtlinien zu wenig weit – zu schwach erschienen viele Formulierungen, als reine Kosmetik und Public-Relations-Gag wurden sie abgetan.

Den Nuklearstaaten gingen die Richtlinien hingegen zu weit – eine Einmischung in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten konnte und wollte nicht akzeptiert werden (Frage der Nuklearstaaten: „Ja, darf uns denn die EU-Kommission im Atombereich Vorschriften machen?“), die Fristen für die Errichtung von Endlagern für die hochradioaktiven Abfälle erschien den Nuklearstaaten als zu kurz. Nicht einmal Deutschland fühlte sich in der Lage, die Vorgabe der EU-Kommission zu erfüllen und bis 2018 über ein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle zu verfügen.

Aktueller Stand: Nuklearpaket (siehe detail)

Unzählige Abänderungen der beiden Richtlinien in diversen Ausschüssen (vor allem für ITRE (Industry, External Trade, Research and Energy)) folgten daraufhin und so schaut es derzeit aus:

Sicherheitsrichtlinie: Ein eigener Abänderungsartikel (Artikel 2) würde garantieren, dass die Überwachung der Sicherheit der kerntechnischen Anlagen bei den Mitgliedstaaten verbleibt – mehr noch: „Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Hauptverantwortung für die Sicherheit ei-

ner kerntechnischen Anlage in erster Linie beim Genehmigungsinhaber unter Aufsicht seiner Genehmigungsbehörde liegt ...“.

Konkret: Im Fall von Temelin und Tschechien heißt das, CEZ als Genehmigungsinhaber ist weiterhin allein für die Sicherheit verantwortlich und CEZ steht dabei lediglich unter der Aufsicht des tschechischen Staatsamtes für Kernsicherheit (SUJB).

Aussagen zur Sicherheit und wie das AKW Temelin zu betreiben ist, können aus der Sicherheitsrichtlinie nicht abgeleitet werden. Überprüft werden nach der Richtlinie auch nur die staatlichen Stellen selbst (also SUJB), die die AKW überprüfen sollen, nicht aber die AKWs selber. Und sogar diese Kontrollen bei den staatlichen Stellen müssten angekündigt werden.



... in der ursprünglichen Fassung hatten die Mitgliedstaaten bis 2018 über ein Endlager für hochradioaktive Abfälle verfügen sollen – in der zuletzt diskutierten Fassung müssen die Mitgliedstaaten der Kommission ein nationales Programm vorlegen, in denen sie ihre eigenen Zeitpläne für die endgültige Entsorgung der Abfälle festlegen.

Eigene Zeitpläne also! Kein Druck, das Endlagerproblem auch nur ansatzweise zu lösen.

übrigens:

Rede des derzeitigen EU-Energiekommissars Andris Piebalgs (28. Feber 2005 in Brüssel):

The management of radioactive waste is crucial for all EU countries - not only those producing electricity from nuclear energy. The debate launched in 2001 by the "Green Paper" on security of energy supply pointed out that nuclear energy would only remain an option for the future in Europe, if the management of nuclear waste was considered by the public as properly handled.

However, nuclear should only continue to be used if it is produced safely and all its wastes are safely managed. SAFETY must be top on the agenda.

There are now 13 Member States which generate nuclear electricity and many more countries consuming nuclear electricity. The nuclear park of the European Union is aging and, with the inclusion of Soviet-designed power plants, increasingly diverse. We need to work ever closer together to assure our people that nuclear is continuing to be used with a high-level of safety throughout the Union. This was a major driving force behind the preparation of the Commission's "nuclear package".

Konkret: Auf dem Gelände des AKW Temelin soll es ab 2013 ein Zwischenlager geben, in dem die hochradioaktiven Abfälle bis zum Jahr 2065 lagern werden. Die Suche nach einem geeigneten Endlager wurde nach Protesten in der Bevölkerung für 5 Jahre unterbrochen (Moratorium verhängt im Feber 2004 von SURAO (=staatliche Stelle verantwortlich für die Suche nach einem Endlager in Tschechien).

Wenn die Abfallrichtlinie beschlossen wird, heißt das also keineswegs, dass man damit eine Lösung für das Endlagerproblem hätte.

Fazit 1: Die Sicherheitsfrage der AKWs wird nicht europäisch gelöst werden.

Fazit 2: Auf absehbare Zeit wird es keine Lösung in der Frage des

Endlagers geben.

Der jüngste Vorstoß: Im Dezember 2005 soll eine „privat-öffentliche Partnerschaft“ ihre Arbeit aufnehmen, ausgestattet mit 80 Millionen Euro jährlich, um die EU-Forschung zum Thema „Atom Müll“ zu konzentrieren und um zu einer breiteren Akzeptanz der Atomenergie beizutragen (Entwurf der Initiative: <http://www.environmentaldaily.com/docs/51107a.pdf>).

Und Österreich?

Als erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung wurden die Richtlinien von der ÖVP bezeichnet. Die Kritik von den Anti-Atom-Organisationen:

Das Nuklearpaket bringt kein Mehr an Sicherheit – sondern lediglich ein Mehr an positivem Image! Das Argument „Aber wir haben doch nun eine europäische Sicherheitsrichtlinie. Was soll das Geschrei um die fehlenden Sicherheitsnormen in europäischen AKWs?“ wird ehest bald allorts und vor allem medial verbreitet und damit der Atomindustrie ein Freibrief ausgestellt! Dass in der Sicherheitsrichtlinie nichts von Sicherheit steht, wissen nur wenige Eingeweihte – beim Großteil der Bevölkerung kann somit leicht und billig mit der Sicherheitsrichtlinie gepunktet werden. Und die Abfallrichtlinie? Wenn die beschlossen wird, wird verkündet, dass die Lösung der Endlagerung der radioaktiven Abfälle gefunden sei. Nur wenige werden diese Aussagen überprüfen ...

So funktioniert ein Marketing-Gag. Wenn es die österreichischen PolitikerInnen zulassen.

Entscheidungen sind einstimmig zu treffen – und der Widerstand einzelner Länder kann sich auszahlen.

Für den schnellen Leser: Eine Sicherheits- und Abfallrichtlinie soll die Zukunft der Atomenergie in Europa sichern und das Image aufpolieren.



Bild ganz links: EU-Kommission; Quelle: www.europa-waechst-zusammen.de
Bild links: Anti-Atom-Rally in Straßburg 2002; Quelle: W. Halla

detail:

Die aktuellen Vorschläge datieren vom 23. März 2004 (7670/04 und 7671/04).

Richtlinie des Rates zur Festlegung grundlegender Verpflichtungen und allgemeiner Grundsätze im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Anlagen

Richtlinie über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle

EURATOM- revisionskonferenz: österreichische bemühungen die unendliche geschichte

24. September 2003: Das Europäische Parlament verabschiedete eine Resolution mit der die Reform des EURATOM-Vertrages eingefordert wird. Bedauerlicherweise stimmten die österreichischen Abgeordneten der Volkspartei mit NEIN, auch wenn der Ministerrat in Wien einen Tag vorher offiziell für eine EURATOM-Reform eintrat.

Anmerkung: In Wien ist man als ÖsterreicherIn in der Bundesregierung für eine Reform – in Brüssel und Straßburg als ÖsterreicherIn im Europäischen Parlament dagegen? Wie passt das zusammen?

Umweltminister Pröll in einer schriftlichen Antwort gegenüber der OÖ Plattform gegen Atomgefahr am 9. März 2004: „Unser vordringliches Ziel muss die Änderung des Euratom-Vertrages sein.“

Antwort für Benita Ferrero-Waldner 1. April 2004: „Ich kann Ihnen versichern, dass Bundesministerin Dr. Ferrero-Waldner und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei allen Kontakten und Gesprächen stets den österreichischen Anliegen zum EURATOM-Vertrag prioritäres Augenmerk zuwenden.“

Umweltminister Pröll in einer weiteren Antwort am 28. Mai 2004: „Selbstverständlich steht Österreich in permanentem Kontakt mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und ich selbst habe mich bereits ... an meine EU Amtskollegen mit der Bitte gewandt, die österreichischen Anliegen bezüglich einer Reform des Euratom-Vertrages zu unterstützen.“

Nur logisch, dass wir – im Hinblick auf den österreichischen EU-Ratsvorsitz – bei den Politikern lästig waren und uns bemüht haben, die EURATOM-Revisionskonferenz zu thematisieren.

Im Juli 2004 wurde Bundeskanzler Schüssel gebeten, die Euratom-Revisionskonferenz als Thema zu besetzen und mit seinen

AmtskollegInnen über die Notwendigkeit einer umfassenden Reform unmittelbar zu diskutieren. Antwort vom Bundeskanzler gab es allerdings keine.

Stattdessen weitere Stellungnahmen: Benita Ferrero-Waldner am 12. Juli 2004 auf Brief vom 23. Juni 2004: „... eine Reform des Euratom-Vertrages war nicht konsensfähig. Deswegen hat sich die österreichische Bundesregierung entschlossen, einen anderen Weg einzuschlagen, nämlich sich dafür einzusetzen, dass nach der laufenden Regierungskonferenz eine Revisionskonferenz in Angriff genommen wird.“

Folgende Erklärung wurde der Verfassung angefügt:

Erklärung 44 zur EU-Verfassung*: Deutschland, Irland, Ungarn, Österreich und Schweden stellen fest, dass die zentralen Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft seit seinem Inkrafttreten in ihrer Substanz nicht geändert worden sind und aktualisiert werden müssen. Daher unterstützen sie den Gedanken einer Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, die so rasch wie möglich einberufen werden sollte.

In der Folge wurden laufend auf die Notwendigkeit einer Euratom-Revisionskonferenz hingewiesen:

8. Feber 2005: Aschermittwoch – Versäumnisse in der Anti-Atom-Politik Offener Brief an Bundesregierung, Bundeskanzler, Vizekanzler, Klubobmänner, Nationalräte der FPÖ und ÖVP.

12. April 2005: Forderung nach Euratom-Revisionskonferenz durch Offenen Brief untermauert – Anlass mögliche EURATOM-Kredite für den Fertigbau von Belene (AKW in Bulgarien)

19. April 2005: EURATOM während österr. Ratspräsidentschaft thematisieren - Offener Brief an Bundeskanzler Schüssel von atomstopp oberösterreich und Anti-Atom-Organisationen aus ganz Österreich – Anlass Tschernobyl

23. Mai 2005: Erinnerung an Umweltminister Pröll: EURATOM während der österreichischen Ratspräsidentschaft anzusprechen.

Antwort von Umweltminister Pröll am 19. Mai auf Anfrage vom 12. April: „... auch wenn die österreichische Präsidentschaft 2006 primär der Weiterentwicklung der Europäischen Union verpflichtet sein wird, so wird Österreich dennoch auch im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft weiterhin Möglichkeiten sondieren, den Euratom-Vertrag zu reformieren.“

4. Juli 2005: Terminansuchen bei Staatssekretär Winkler wegen Euratom -> keine Antwort.

Antwort von Umweltminister Pröll am 19. Juli 2005 (als Reaktion auf Offenen Brief am 23. Mai): „Ich wiederhole, dass Österreich ... auch im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft weiterhin Möglichkeiten sondieren wird, den Euratom-Vertrag zu reformieren.“

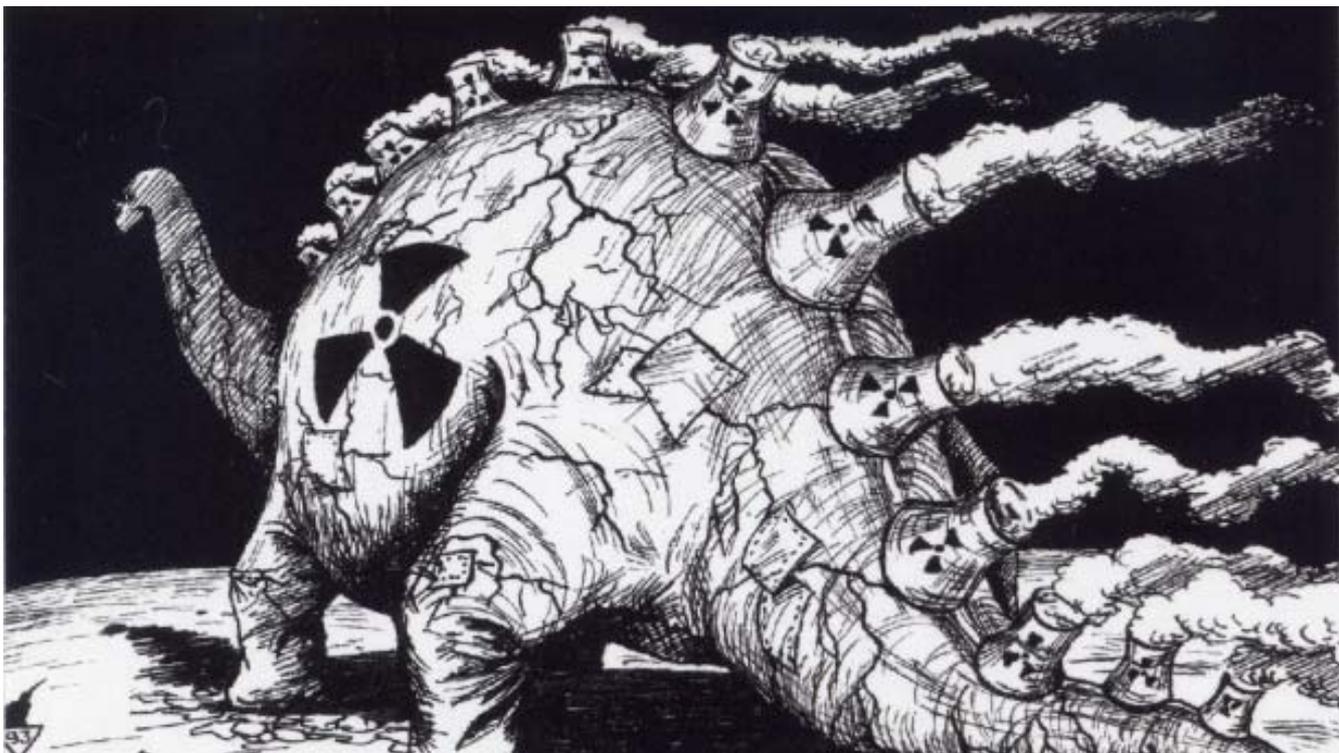
14. September 2005: Erinnerung an Umweltminister Pröll: Euratom-Revisionskonferenz - welche Umsetzungserfolge gibt es für die EURATOM-Revisionskonferenz?

Antwort von Umweltminister Pröll via Presse am 7. November 2005: Umwelt- und Agrarminister Josef Pröll (V) beabsichtigt, die österreichische Anti-Atompolitik während des kommenden EU-Ratsvorsitzes auf europäischer Ebene zur Sprache zu bringen. Er wolle die Anti-Atom-Haltung Österreichs auf „allen politischen Ebenen“ diskutieren und einbringen, sagte Pröll in einem Gespräch mit der APA am Rande seines Besuches in Helsinki am Dienstag.

Der österreichische EU-Ratsvorsitz wird nun mit Spannung und der gebotenen Skepsis entgegengesehen. Wir werden genau beobachten, was aus diesen Versprechungen wird und Umweltminister Pröll auch während der Ratspräsidentschaft laufend an die Notwendigkeit einer EURATOM-Revisionskonferenz erinnern.

Konkrete Zeitpläne, wann Umweltminister Pröll die Anti-Atom-Haltung Österreichs zur Sprache bringen will sind nämlich noch völlig ausständig.

*: Vertrag über eine Verfassung für Europa, Europäische Gemeinschaften 2005; ISBN 92-824-3098-7.



Für den schnellen Leser:
Umweltminister Pröll hat im November 2005 zugesichert, während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes auf allen politischen Ebenen die Anti-Atom-Haltung Österreich einzubringen. Immerhin etwas.

europäische petition-

eine million europäer verlangen den ausstieg aus der atomenergie

Zum Tschernobyl-Bedenktag 2004 wurde eine europäische Unterschriftenaktion gestartet. Mehr als 150 Organisationen aus ganz Europa beteiligen sich mittlerweile an der Petition für den europäischen Atomausstieg (Forderungen im Detail siehe Seite gegenüber).

Gerne laden wir Sie dazu ein, in Ihrem Freundeskreis für die Petition Werbung zu machen und auch Unterschriften zu sammeln. Dazu bitte die gegenüberliegende Seite einfach ausschneiden und allenfalls kopieren.

Ebenfalls möglich ist es, seine Unterschrift ONLINE unter: www.atomstopp.at abzugeben!

Gesammelt werden die Unterschriften noch weiter im 20. Tschernobyl-Bedenkjahr 2006. In einer medienwirksamen Aktion werden die Unterschriften im Herbst 2006 in Brüssel übergeben werden - als Handlungsauftrag für die EU-Kommission, das Europäische Parlament und die europäischen Staats- und Regierungschefs.

Zwischenbilanz:

In absoluten Zahlen führt Frankreich die bisherige Statistik überle-

gen an (siehe Unterschriftenstatistik)! Wird die Einwohneranzahl berücksichtigt, repräsentiert sich die anti-atomare Grundeinstellung der ÖsterreicherInnen gut.

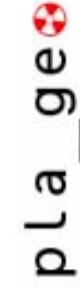


Unterschriftenstatistik:

Gesamt: 233.807

Die fünf Spitzenreiter:

- | | |
|---------------|-------------------|
| 111.562 | Frankreich |
| 37.077 | Deutschland |
| 34.536 | Österreich |
| 17.762 | Schweiz |
| 10.439 | Spanien |



Europäische Petition

www.atomstopp.com

Unter dem Motto "Eine Million Europäer verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie" starten Organisationen aus ganz Europa am Tschernobyl-Gedenktag (26. April 2004) eine Unterschriftenaktion.

Europaweit sollen 1 Million Unterschriften von Menschen gesammelt werden, um ohne Aufschub die Durchsetzung der folgenden Maßnahmen von den Politikern einzufordern:

- **Stoppen oder verhindern Sie den Neubau von Atomanlagen in Europa!**
- **Veranlassen Sie, dass die Europäische Union und jeder Staat der EU, der Atomkraftwerke betreibt, Ausstiegspläne aus der Atomindustrie vorlegt – der Ausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen!**
- **Setzen Sie sich für ein umfassendes Investitionsprogramm in Richtung Energieeffizienz und Entwicklung von Erneuerbaren Energien ein!**
- **Setzen Sie sich für das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten Euratom-Vertrages ein! Mit diesem Vertrag werden öffentliche Gelder für die Stützung der Atomindustrie verwendet!**

Nur die Umsetzung dieser Maßnahmen ermöglicht uns gleichzeitig gegen die Atomindustrie und gegen die Klimaveränderung zu kämpfen! Die Unterschriften werden von April 2004 bis April 2006 gesammelt!

atomares rahmenforschungs- programm

Die Forschung auf dem Gebiet der Atomenergie sei wichtig, wird oft argumentiert. Von den 25 EU-Mitgliedstaaten forschen auch tatsächlich 16 atomar. Wieder ist es Frankreich, das sich besonders engagiert zeigt. Insgesamt betreiben die EU-Staaten 58 Forschungsreaktoren. Österreich hat zwei, und zwar in Wien und in Graz. Beide sind seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Betrieb.

7. Rahmenforschungsprogramm (2007-2011/2013)

Im Vorschlag der EU-Kommission (vorgelegt am 6. April 2005) werden für EURATOM 3,092 Milliarden EURO vorgesehen: 2,159 Milliarden für die Fusionsforschung, weitere 394 Millionen EURO für Forschungen im Bereich der Kernspaltung und des Strahlenschutzes, sowie 539 Millionen für die gemeinsame Forschungsstelle.

Jährlich (2007 bis 2011) sollen somit für die Forschung an der Atomenergie 773 Millionen EURO zur Verfügung stehen – der Forschung an den Erneuerbaren Energien aber stehen jährlich (2007 bis 2013) lediglich 216 Millionen zu = 3,5mal weniger!

Und die österreichische Position?

In einer ÖVP/BZÖ-Entscheidung im Nationalrat (29. Jänner 2004) heißt es:

Der Nationalrat ... ersucht die Bundesregierung ... auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass das EURATOM-Forschungsprogramm ... weiter an das Ziel eines EU-weiten Atomausstiegs angepasst wird.

Davon findet sich im vorgeschlagenen 7. Rahmenforschungsprogramm aber nichts.

Zukunftsträchtige Kernfusion

Die massive Aufstockung im Bereich der Kernfusion wird von der derzeitigen Bildungsministerin (ÖVP) Elisabeth Gehringer begrüßt. Ungeachtet, dass die „zukunftsträchtige“ Kernfusion schon vor 50 Jahren als zukunftsträchtig gefeiert wurde und schon damals vorausgesagt wurde, dass in 50 Jahren die Nutzung möglich sei. Heute werden wieder 50 Jahre veranschlagt, wenn man an eine Nutzung denkt. Vielleicht sind es in 50 Jahren wieder 50 Jahre. Und in weiteren 50 Jahren nochmals 50 Jahre? Österreich – das sich schon seit den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts an der Fusionsforschung beteiligt – wird

auch weiterhin die EURATOM-Forschungskosten mittragen.

Für den Bereich „**Kernspaltung und Strahlenschutz**“ ist ein kleiner Teil für Forschung hinsichtlich der Risiken von Strahlung in Niedrigdosen (typischerweise aus Atomkraftwerken im „Normalbetrieb“), hinsichtlich des medizinischen Einsatzes von Strahlenquellen und Umgang bei Unfällen reserviert. Immerhin mehr an Mitteln wird noch der gemeinsamen Forschungsstelle zugewilligt (539 Millionen EURO). Deren Hauptinteresse: The objective of this programme is to develop and assemble knowledge, to provide input to the debate on nuclear energy production, its safety and reliability, its sustainability and control, its threats and challenges, including innovative/future reactor systems.

Die kritische Auseinandersetzung mit der Atomenergie? Auch hier nur „unter ferner liefen“.



**Für den schnellen Leser:
In die Atomforschung werden ab 2007 jährlich dreieinhalbmal soviel Mittel fließen (773 Millionen EURO) wie in die Erforschung von Erneuerbaren Energien (216 Millionen EURO)!**

wir fordern...

EURATOM-Kreditrahmen- erhöhung

Nein zum weiteren Ausbau der Atomenergie!

Österreich bleibt bei seiner skeptischen Haltung und lehnt die Aufstockung des EURATOM-Kreditrahmens ab!

Nuklearpaket

Nein zu dieser Sicherheitsrichtlinie. Nein zu dieser Abfallrichtlinie!

Österreich untermauert seine Kritik am Nuklearpaket und erhebt als Minimalforderung europaweit höchste Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke!

seite 11 >atomstopp

7. Rahmenforschungsprogramm - Energie

Nein zur massiven Forschung im Bereich der Atomenergie!

Österreich setzt sich für den Ausbau der Forschung im Bereich der Erneuerbaren Energien ein und beteiligt sich nicht weiter an der Fusionsforschung! Vor allem setzt sich Österreich dafür ein, dass die Forschungsgelder für den europäischen Ausstieg eingesetzt werden!

EURATOM-Revisionskonferenz

Intensive Gespräche werden während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im 1. Halbjahr 2006 zur Einleitung einer EURATOM-Revisionskonferenz geführt. Gleichzeitig wird klargestellt: Falls diese Gespräche mit den Staats- und Regierungschefs nicht fruchten, wird der Ausstieg aus EURATOM vorbereitet.



Ein herzliches DANKE unseren Modellen: Luca und Christine Marangon

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Für den Inhalt verantwortlich: Roland Egger

Layout und grafische Umsetzung: Armin Baumschlager

Redaktion: Landstr. 31/II/223, 4020 Linz

Tel: 0732-774275 Fax: 0732-785602

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at

Email: post@atomstopp.at

Spendenkonto: OÖ Landesbank BLZ 54000 KtoNr. 205377

Druck: Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt

Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M

Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz P.b.b.